

gut situierte Kreise, die bei eigenen großen Einnahmen der Zentralkasse den Vorkauf von 2076 Mk. zugewiesen haben. Gewiß haben diese Wahlkreise ihr Geld auch so angewendet, wie sie es für richtig hielten. Aber es ist nicht angemessen, die Zentralkasse auf diese Weise trocken zu setzen, während im Bedarfsfalle man sich sofort an die Zentralkasse wendet und meint, daß da die Zehntausende ohne Weiteres zu haben sind. Die 14 Wahlkreise haben aber selber dreimal so viel Geld zurückgehalten, nämlich 27730 Mk., als sie an die Zentralkasse abgekauft haben. Das ist ein Zustand, der dauernd nicht aufrecht zu erhalten ist, wenn die künftige Parteileitung nicht achselzuckend jeden Wunsch ablehnen soll. Wo Nichts ist, kann Niemand Etwas bekommen, auch unsere ausländischen Freunde nicht. (Heiterkeit.) Es muß also anders werden.

Den Ueberblick über den Stand der Parteipresse kann ich in diesem Jahre leider nicht geben, weil die statistischen Mittheilungen bei dem frühen Stattfinden des Parteitags sehr spärlich eingelaufen sind. Nur die Tendenz der Entwicklung der Parteipresse kann ich angeben. Wenn täglich erscheinende Blätter waren nicht im Stande, ihren Abonnentenstand zu behaupten, sie haben 1096 Abonnenten verloren. Demgegenüber haben zwanzig andere täglich erscheinende Blätter einen Gewinn von 16000 neuen Abonnenten gehabt. Das ist ein Gewinn von 14000 Abonnenten. Die übrigen Blätter haben ihren Bestiand behauptet. Wenn auch einzelne Tagesblätter mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so prosperirt unsere tägliche Presse im Allgemeinen doch sehr gut. Schlimmer steht es mit den drei Mal wöchentlich erscheinenden Blättern aus. Diejenigen von ihnen, die am besten florirten, sind allmählig in Tagesblätter verwandelt worden, die ungenüßiger gestellt sind übrig geblieben. Zudem trifft die Krise in der Textilindustrie die Blätter, die in den Textiltorten erscheinen. Die Zahl der Leser der drei Mal wöchentlich erscheinenden Blätter ist dort etwas zurückgegangen. Hoffentlich handelt es sich hier um eine vorübergehende Erscheinung. Im Allgemeinen bitte ich, künftig dafür zu sorgen, daß das Material rechtzeitig einläuft, damit die Parteileitung im Stande ist, ein umfangreiches getreues Bild über den Stand der Parteipresse zu entwerfen.

**Meister erstattet den Bericht der Kontrolleure:** Es ist ein Zeichen für gesunde Parteiverhältnisse, daß wir uns bis auf einen Fall nur mit der Revision der Bücher des Vorstandes zu befassen hatten. Diese Revision hat regelmäßig stattgefunden, wir haben korrekte Buchführung und geordnete Verhältnisse angetroffen. Der eine Fall, mit dem wir uns sonst noch zu befassen hatten, betrifft eine Gehaltserhöhung, die Genosse Fischer, der der Buchhandlung vorsteht, erhalten hat, nicht eigentlich auf Veranlassung des Vorstandes, sondern durch die Schuld der Nürnberger, wenn von einer solchen überhaupt die Rede sein kann. Die Nürnberger beabsichtigten, Fischer als Vorstand des dortigen Geschäfts anzustellen und boten ihm ein wesentlich höheres Gehalt. Fischer glaubte das Gebot nicht ablehnen zu sollen und erklärte, die Stellung an der Parteibuchhandlung kündigen zu müssen. Der Vorstand hielt es im Interesse der Partei nicht für gut, Fischer von seiner Stellung zu entlassen und sah sich in die Nothwendigkeit versetzt, eine Gehaltserhöhung für Fischer einzutreten zu lassen. Die Berliner Vertrauensleute sämtlicher Kreise legten gegen diese Gehaltserhöhung Protest ein. Die Kontrolleure haben nun unter Zuziehung der Berliner Vertrauensleute mit dem Vorstand in gemeinsamer Sitzung über den Protest beraten. Das Resultat war, daß die Mehrheit der Kontrolleure Angesichts der vollendeten Thatfache und in Anbetracht des Umstandes, daß Fischer sonst benachtheiligt worden wäre, da die Stelle in Nürnberg inzwischen anderweitig besetzt war, den Protest der Berliner Genossen abgelehnt haben. Die Sache wird ja hier zur Sprache gebracht werden. Das Fehlen aller weiteren Beschwerden ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Parteileitung nach allen Seiten ihre Schuldigkeit gethan hat. Ich beantrage für sie die Decharge. (Bravo!)

Folgender Antrag läuft ein:

Der Parteitag spricht seine Mißbilligung über die Erledigung der Gehaltserhöhung des Leiters der Vorwärts-Buchhandlung, des Genossen Fischer, von 4000 auf 5000 Mk. aus, welche Summe vom Partei-Vorstand bewilligt und von den Kontrolleuren bestätigt worden ist; der Parteitag hält eine Entlohnung von 4000 Mk. für diese Verwaltungsstellung für angemessen. Berlin I—IV. Niederbarnim. Bieskow. Stettin. Osthavelland.

**Waldek-Mauaffe-Berlin I:** Es ist mir, der ich zum ersten Mal als Delegirter auf einem Parteitag erscheine, natürlich sehr unangenehm, das Wort zu ergreifen in einer Frage, zu der Berufener reden könnten, aber ich habe einen Auftrag und diesen Auftrag muß ich ausführen. Die Berliner haben einmüthig den Protest erhoben. Sie halten eine Entlohnung des Postens mit 4000 Mk. für ausreichend, und sie sind vor allen Dingen darüber empört, daß das Gehalt sofort um 1000 Mk. erhöht wurde. Selbst wenn man die Gehälter nicht vom Parteistandpunkt ansieht, sondern wenn man die sonst im Buchhandel üblichen Gehälter betrachtet, so ist die Bezahlung von 4000 Mk. ausreichend. Wenn eine Stadt wie Nürnberg ein höheres Gehalt anbietet, so hat Berlin durchaus nicht nöthig, diesem Beispiel zu folgen. Vergessen wir doch nicht, daß dieselben Städte, die die Gehälter so ohne Weiteres erhöhen, nachher kein Partei-Vorstand am Zuschüsse einkommen. Wir haben natürlich keine Angst davor, daß die bürgerliche Presse nachher über uns herfallen könnte, weil wir die schwierige Faust hervorkehren. Etwa zu sagen, daß Fischer als Schriftsetzer weit weniger bekommen hat, solch dummer Gedanke fällt Niemand von uns ein. Die Gehälter, die wir zahlen, sollen unsere Beamten in den Stand setzen, anständig durchs Leben zu gehen, aber es dürfen keine Gehälter sein, deren Höhe abseits von Noth und Sorge ihnen das proletarische Empfinden kürzen könnte. Sonst könnte leicht in diesem oder jenem Kopfe der Gedanke entstehen, daß ihm an der Verewigung unserer Zustände unendlich viel mehr gelegen ist, als an der Anbahnung neuer. Es ist unendlich schwer, den einfachen Genossen, die treppauf, treppab laufen, und Flugblätter zu vertheilen, und die Tag und Nacht in jeder Hinsicht ihre Schuldigkeit thun, die Gründe für eine Gehaltsaufbesserung plausibel zu machen. Wenn aber schon eine Gehaltsaufbesserung erfolgen sollte, so hätte sie erfolgen müssen im Einverständniß mit den Berliner Genossen. Die Berliner Genossen sind durchaus frei von jeder Voreingenommenheit gegen Fischer; sie erkennen seine Verdienste durchaus an, aber es handelt sich für uns um eine prinzipielle Frage. Wenn die Berliner, die doch ihre Schuldigkeit der Partei gegenüber in solchen Fragen thun, als nebensächlich angesehen werden, so ist das eine gewisse Geringschätzung. Es ist den Berliner Genossen nicht leicht geworden, diese Sache hier öffentlich zur Sprache zu bringen; es wäre uns viel angenehmer gewesen, wenn sie sich so hätte erledigen lassen. Die Kontrolleure haben bei Abwesenheit von zweien mit 3 gegen 2 Stimmen die Erhöhung des Gehalts sanktionirt. Der Vordredner sagte allerdings, die Kontrolleure waren in einer Nothlage, da Fischer ja sonst ohne Stellung gewesen wäre. Das war nicht der Fall, denn wir Alle hätten ihn zum alten Gehalt weiter gehalten. Nach unserer Meinung haben wir die Kerner nicht einfach vom Standpunkte des Gehalts und der Entlohnung anzusehen, sondern wir sind nebenher noch Sozialdemokraten, die den Gedanken des Idealismus auch in Bezug auf die eigene Person in die That umzusetzen haben. Zum Mindesten aber glauben wir die Art verurtheilen zu müssen, wie die Gehaltserhöhung erfolgte, und schon im Interesse des Verantwortlichkeitsempfindens des Vorstandes wäre es wünschenswerth, daß die Sache geklärt wird, und daß ein für alle Mal feste Normen für die Entlohnung unserer Parteibeamten geschaffen werden.

**Wöhle-Sträßburg:** Ich muß auf den Ausfall der Mühlhäuser Wahl eingehen, Angesichts der Angriffe, die auf uns gerichtet worden sind. Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir die Verhältnisse in Mühlhausen nicht gekannt hätten. Wir sind nicht im Geringsten im Unklaren darüber. Die Verhältnisse in Mühlhausen sind von Anfang an keine rosen gewesen. Man hat, statt Sozialdemokraten zu erziehen, reine Protektler erzogen, und hat die Person Bueb's einzig und allein in den Vordergrund gestellt. Bueb war kein Sozialdemokrat, sondern ein Protektler unter der Maske des Sozialdemokraten, der Geschäfte machte mit dem Appell an die niedrigsten Leidenschaften seiner Zuhörer, der sich über Parteibeschlüsse von jeher einfach hinwegsetzte. Wir wußten genau, wie wir standen, als wir dem Reichstagsabgeordneten Bueb sein Mandat abnahmen. Wir wußten von Anfang an, daß das den Verlust des Wahlkreises für die Partei bedeutete. Sie können sicher sein, Parteigenossen, er wäre auch verloren gegangen, wenn an Stelle Emmel's ein Schäffer aufgestellt wäre. Wir haben es eben nicht mit Sozialdemokraten zu thun gehabt. Als Bueb mit seiner Forderung eines Zuschusses von 180 Mk. monatlich an uns herantrat, da war für uns der Moment gekommen, vorzugehen. Das konnten wir vor der Partei nicht verantworten. Ein Abgeordneter hat die Pflicht, auch agitatorisch in der Partei thätig zu sein. Wir konnten diesen Zuschuß auch nicht verantworten Angesichts der moralischen Qualifikation Bueb's. Einem Mann, der, wie es bisher unerhört war, die Partei korrumpirt hatte, konnten wir nicht noch eine besondere Gratifikation geben. Der Erfolg hat sich bereits gezeigt. Der Wahlverein in Mühlhausen, der zur Zeit der Reichstagswahl 80 Mitglieder zählte, hat jetzt 200. (Bravo.) Wir wollen nicht mit Mandaten hauffiren ziehen, sondern eine Partei hinter uns haben. Jetzt ist keine Bahn, das einstimmige Votum des Wahlvereins der organisierten Parteigenossen nach dem Ausfall der Wahl beweist, daß unser Vorgehen vollständig richtig war und uns kein Vorwurf trifft.

**Ulrich-Offenbach:** Gegen den Antrag der Kontrolleure auf Decharge steht der Antrag der Berliner. Sie sind der Meinung, daß, weil sie vom Partei-Vorstand nicht recht bekommen haben, der Parteitag sich damit beschäftigen müsse und natürlich ihnen recht geben müsse. Ich muß gestehen, daß mich die Begründung des Antrags etwas merkwürdig berührt hat. In der Konsequenz müßten wir danach alle Vermaltungsstellen in der Partei eigentlich an den Mindestfordernden vergeben. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Vielleicht haben die Berliner es nicht so gemeint, aber die Neußerungen, die hier gefallen sind, fordern diese Konsequenz. Es kann sich doch nur allein um die Frage drehen: ist der richtige Mann am richtigen Platz und würde er anderswo das, was er erhält, auf einem solchen Platz erhalten? Und auf eine solche Frage können wir um die Antwort nicht verlegen sein, weil ja die Nürnberger, trotzdem ihr Geschäft nicht so umfangreich ist, wie die Berliner Buchhandlung, an Fischer das Angebot gemacht haben. Damit ist festgestellt worden, daß von anderer Seite seine Leistungsfähigkeit höher taxirt worden ist, als von den Genossen in Berlin. Wir haben uns zu fragen, ob wir die Berliner als kompetent für diese Frage zu erachten haben oder den Partei-Vorstand beziehungsweise die Kontrolleure. Ich muß gestehen, bei aller Hochachtung für unsere Berliner Genossen sehe ich doch auf dem Standpunkt, daß sie die Allerletzten sind, über die Leistungsfähigkeit eines Beamten im Buchhandlungsfach entscheiden zu können — (Murren und Heiterkeit) — die Allerletzten! Die Berliner spielen hier die Rolle der getränkten Leberwurst (oho!), jawohl weiter garnichts; das geht aus der Begründung des Antrages deutlich hervor. Weil sie nicht gefragt sind, als die Gehaltserhöhung in Frage stand, haben sie es für notwendig gehalten, in Versammlungen Lärm zu schlagen. (Unruhe und Zurufe.) Sie können ja nachher reden; ich nehme für mich in Anspruch, genau so die Partei

zu vertreten, wie Ihr; Ihr seid nicht die Partei allein, Gott behüte mich, wir haben mitzureden in der Provinz, versteht Ihr wohl? (Große Heiterkeit!) Ich habe mich gerundet, daß die Berliner gegen Fischer nicht die 18 Mk. angefordert haben, die ein Schuhmacher in Berlin in der Woche verdient, oder daß Fischer nur einen Anspruch auf den Verdienst eines Schriftsetzers mit 30 bis 35 Mk. habe. Sie sagen, wenn wir so gute Gehälter zahlen, so muß das proletarische Bewußtsein schwinden. Das sind allerdings merkwürdige Sozialdemokraten, deren innere Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Beseitigung der heutigen Verhältnisse davon abhängt, welche momentane Stellung sie persönlich in der heutigen Gesellschaft einnehmen. Das sind überhaupt noch keine bewußten Sozialdemokraten gewesen. Die heutigen Konkurrenzverhältnisse der heutigen Gesellschaft zwingen uns, sie zu berücksichtigen und die Saläre danach einzurichten. Die Berliner Genossen sind der Meinung, sie hätten bei der Gehaltserhöhung gefragt werden müssen. Ich habe mich vergeblich gefragt, auf Grund welcher Bestimmungen sie diese Prätension erheben; (Wolmar ruft: Weil sie Berliner sind!) das mag sein, aber die Buchhandlung des Vorwärts ist kein Berliner Institut. Bis jetzt sind die Berliner gottlob noch keine Behörde der Gesamtpartei, das ist der Partei-Vorstand und die Kontrolleure. Gegen das Gehalt von Fischer die Flugblättervertheiler aufzuführen, das ist geradezu ein Appell an den Unverstand. Ich bin der Meinung, daß wir den Antrag der Kontrolleure annehmen, dem Partei-Vorstand Decharge erteilen und damit den Antrag der Berliner für abgelehnt erklären.

**Müller-Flensburg:** Die Flensburger vermessen die Berücksichtigung des Stuttgart'er Beschlusses über die Herausgabe eines sozialpolitischen Anhangs zu dem Handbuch.

**Zubeil-Teltow-Beeskow:** Es ist ja nichts Neues, daß die Berliner ihr Fell zu Martie tragen müssen. Bis jetzt scheint es in der Partei so zu sein, daß Berlin in erster Linie dazu da ist, die Mittel in großartigem Maßstabe für die Partei aufzubringen (sehr richtig!), im Uebrigen aber auf den Parteitag keine Anträge stellen oder begründen zu dürfen. (Heiterkeit.) Was Ulrich ausgesprochen hat, das war die gütige Galle, die sich wieder bei ihm gegen die Berliner angesammelt hat. (Heiterkeit.) Um was handelt es sich denn eigentlich? Nicht das ist der Grund, daß Fischer 1000 Mk. Gehalt mehr erhält; die Sache ist entschieden. Es handelt sich um die Art und Weise (sehr richtig!), wie das Gehalt Fischer's, dem wir es Alle gönnen, festgesetzt wurde, und mit welcher Begründung seitens des Vorstands und der Kontrolleure es geschieht ist und wie sie Ulrich jetzt gegeben hat. Wohin soll es kommen, wenn an den großen Orten ein Redakteur, ein Buchhändler sitzt, der mit außerordentlichen geistigen Fähigkeiten bedacht ist und dann ein anderer Ort kommt und sagt, ich biete Dir mehr, ich biete Dir 10000 Mk. — soll da der Partei-Vorstand erklären müssen: Nein, Du bleibst hier, wir geben Dir 11000? Es heißt in unsrer Partei immer: Niemand ist unerfesslich. Es ist uns gestern und heute von dieser Stelle mit tiefem Bedauern gesagt worden, daß der „Alte“ eine große Lücke hinterlassen hat, deswegen aber innerhalb unsrer Partei nicht einen Augenblick Stillstand eintritt; und so sind wir der Meinung, will der Buchhändler, gleichviel welchen Namen er trägt, gehen, weil er anderwärts mehr bekommt, dann sagen wir: „Gut, wenn Du gehen willst, dann muß Deine Stelle durch einen Andern besetzt werden“. Wenn Fischer morgen die Augen schließt, wie der Alte, was dann? (Sehr wahr.) Ist die Stelle dann unbesetzt? Geht darum die sozialdemokratische Buchhandlung ein? Und hat Ulrich auch die andere Seite der Sache betrachtet? Nach der Abrechnung hat Berlin genau ein Viertel der Partei-Einnahmen gezahlt mit 62855 Mk., Nürnberg und ganz Bayern hat an die Parteilasse nur 978 Mk. abgeführt. Ist es da den Berlinern zu verdenken, wenn sie, die in so hervorragendem Maße die Munition beschaffen, an dem Orte, wo das Institut besetzt,

mitreden wollen? Für unsere Preßkommission haben wir uns halbwegs die Rechte, die die Genossen in jedem Orte Deutschlands haben, erst nach langen Mühen erkämpfen müssen. Ich bestreite entschieden, daß die Berliner nicht im Stande sind, beurtheilen zu können, was nützt und was nicht fruchtet. Schlimm genug, daß man an dieser Stelle die Berliner Genossen in Schutz nehmen muß gegen Angriffe, wie sie sich Ulrich hier erlaubt hat. Ich bin der Meinung, so wie es bisher gewesen ist, geht es nicht weiter. Wenn die Berliner es so machen wollten, wie Ulrich es ihnen unterzieht, glauben Sie, es würde nicht eine Kleinigkeit für sie sein, eine eigene Buchhandlung für sie ins Leben treten zu lassen? Die Berliner Genossen verlangen keine gesonderte Stellung, sie verlangen nur ihre Rechte an dem Ort, wo die Redaktion und die Buchhandlung besteht. Sie lassen sich von Niemand in dieser Beziehung hineinreden. Auch der Parteivorstand besitzt nicht das Recht, in willkürlicher Weise 1000 Mk. einem Beamten mehr zu geben ohne Zustimmung der Parteigenossen und des Parteitagcs. (Weißall.)

**Zieh-Stuttgart:** Eine Versäumnung zwischen den Berlinern und denen, die die Gehaltserhöhung bewilligt haben, besteht. Aber wodurch ist sie entstanden? Ueberall in Deutschland haben die Geschäfte eine fast ausschließlich lokale Bedeutung, nur das Berliner Geschäft macht eine Ausnahme davon. Das Berliner Geschäft gehört ganz Deutschland. Wenn man den Berliner Genossen auch gewisse Rechte in Bezug auf die Erhaltung und Verwaltung des „Vorwärts“ eingeräumt hat, so ist das nicht der Fall in Bezug auf die Buchhandlung. Denn diese arbeitet nicht für Berlin, sondern für ganz Deutschland. Dadurch sind diese exceptionellen Verhältnisse entstanden. Wie soll nun der Vorstand die Gehaltsfrage eines Leiters der Buchhandlung entscheiden? Das Erste ist, daß er sich ansieht, was in bürgerlichen Geschäften gezahlt wird; und da muß ich dem ersten Berliner Redner Unrecht geben. Es ist kein zu hohes Gehalt, was Fischer erhält; in ähnlichen Geschäften, die bei Weitem nicht den Umsatz haben wie die Vorwärts-Buchhandlung, werden wesentlich höhere Honorare gezahlt. Und nun werfen Sie einmal einen Blick auf die Geschäftsgebarung und die Ergebnisse der Buchhandlung, ob sie gut sind oder nicht. Im verflohenen Jahre hatte sie einen Brutto-Umsatz von 187 000 Mk.; alle diejenigen Genossen, die eine kaufmännische Bildung genossen und etwas Erfahrung haben in kaufmännischen Geschäften, werden zugeben, daß da ein Netto-Ertrag von 18 000 Mk., das sind 10 pCt., eine außerordentlich hohe Ziffer ist und um diese Ziffer zu erzielen, bei den außerordentlich billigen Preisen, mit denen die Vorwärts-Buchhandlung arbeiten muß, eine ganz große Geschicklichkeit und eine ordentliche Arbeitskraft dazu gehört. Sie müssen nicht vergeffen, daß der Leiter der Vorwärts-Buchhandlung nicht allein den kaufmännischen Theil zu besorgen hat, nein, noch eine ganze Reihe anderer Geschäfte. Er muß, soweit mir bekannt ist, die Redaktion der Matzeitung machen, die Redaktion der Freien Stunden etc., er hat auch die ganze Verlagsredaktion nebst allen Korrekturen. Das ist eine Beschäftigung, für die Sie allein einen Mann anstellen müßten. Die Vorwärts-Buchhandlung hätte das Recht, einen Leiter zu beanspruchen und daneben einen Korrespondenten; diese beiden Stellen versteht Fischer ganz allein, und nun klagen Sie darüber, daß der Mann 5000 Mk. Gehalt dafür bekommt. Sie haben ja auch weniger über die 5000 Mk. geklagt, als über die Art und Weise, wie sie bewilligt worden sind. Das ist der springende Punkt. Aber bei der exceptionellen Stellung der Vorwärts-Buchhandlung kann das garnicht anders sein. Es war eine Art Zwangslage, das Nürnberger Geschäft befand sich in einem schauerlichen Zustand. Man sah sich nach Jemand um, der im Stande war, Ordnung zu schaffen, und die Wahl fiel auf Fischer, der ohnehin Bayer von Geburt war. Der Vorstand mußte sich fragen, wer Fischer ersetzen könne, und da sagte er denn: was Nürnberg kann, können wir auch. Die Berliner hätten besser

daran geknaut, dem Vorstand Vorstellungen zu machen, aber sie hätten nicht so weit gehen und an den Parteitag herantreten dürfen, in der Absicht, für die Zukunft derartige Vorkommnisse zu verhindern. Denn damit binden sie ja dem Vorstand die Hände. Ich glaube, die Genossen würden sehr vernünftig handeln, wenn sie das, was geschehen ist, billigen dadurch, daß sie dem Vorstand vollste Decharge ertheilen. Ich kenne die Honorare, die in bürgerlichen Buchhandlungen gezahlt werden und ich kann Ihnen sagen: kein bürgerliches Geschäft würde es wagen, den Leiter eines derartigen Betriebs so gering zu honoriren. (Beifall.)

**Fischer-Berlin VI:** Es wäre mir nicht eingefallen, zu der Angelegenheit Fischer das Wort zu ergreifen, wenn nicht Genosse Ulrich den Berlinern das Urtheil über die Buchhandlung abgesprochen hätte. Ich meine, Ulrich ist der Letzte, der in der Lage ist, über die Berliner zu urtheilen. Er kann für sich selbst das in Anspruch nehmen, was er den Berlinern vorgeworfen hat. (Sehr richtig!) Sie haben ja in Gotha von Auer sagen hören, daß die Einnahmen der Partei aus den übrigen deutschen Städten immer mehr zurückgehen und daß sich das voraussehen ließ. Unsere Theoretiker achte ich sehr hoch; wenn ich auch nicht allein ihren Ausführungen beistimme, so gebe ich doch zu, daß Vieles davon recht aktuell ist; aber damit allein ist es nicht gethan, zum Kriegsführen gehört Geld. Sehen Sie sich doch die Aufstellung der Einnahmen an, daraus werden Sie erkennen, aus welchen Orten die Gelder kommen. Gegen die Gehaltserhöhung an sich haben wir nichts einzuwenden gehabt, sondern nur gegen die Art und Weise, wie die Erhöhung vor sich gegangen ist. Würden wir so handeln, so würden wir schließlich, wenn ein anderer Ort mal 10 000 Mk. bietet, ebenso viel bieten müssen. Ja, wenn wir so wenig an die Partei abführten, wie Bayern, dann könnten wir ganz andre Gehälter zahlen, dann könnten wir vielleicht 15 000 Mk. bieten. (Sehr richtig!) Man sollte es doch vermeiden, Parteigenossen, die mit Recht ihre Mißbilligung über ein Vorkommniß hier Ausdruck geben, derartige Vorwürfe zu machen. Man hat die Berliner Genossen genau so zu respectiren, wie ja auch Ulrich verlangt respectirt zu werden. Dies Recht nehmen auch die Berliner für sich in Anspruch.

**Singer:** Die hier angeregte Frage ist zu meinem Bedauern zu einem Streit zwischen den Berliner Genossen und den übrigen ausgedehnt worden. Ich halte das für falsch, bin der Meinung, daß wir nicht erst nöthig haben, die geradezu glänzende Opferwilligkeit und Energie der Berliner zu betonen. Wer wie wir, die wir seit Jahrzehnten in der Bewegung stehen, weiß, daß es die Berliner unter den schwierigsten Verhältnissen immer als Ehre angesehen haben, nicht nur in ihren agitatorischen Leistungen für die Partei, sondern auch in der finanziellen Opferwilligkeit an der Spitze zu stehen, der kann begreifen, daß es den Berlinern unangenehm ist, wenn gewisse künstliche Gegensätze — und ich freue mich, sagen zu dürfen, daß es nur künstliche sind — zwischen ihnen und den übrigen Genossen konstruirt werden. In der vorliegenden Frage aber halte ich als Mitglied des bisherigen Vorstands mich für verpflichtet, gegen die Auffassung der Berliner Genossen Stellung zu nehmen. Ich zweifle auch nicht daran, daß die Berliner bei näherer Ueberlegung den Standpunkt verlassen werden, der hier zum Ausdruck gekommen ist, daß, wer das meiste Geld zusammenbringen, auch das Meiste zu sagen hat. (Widerspruch der Berliner Delegirten.) Nun, ich freue mich über ihr Kopfschütteln, aber ausgesprochen ist die Ansicht, die ich für grundfalsch halte. Die Berliner, denen wir für ihre Opferwilligkeit dankbar sind, können doch das Geld nur zusammenbringen, weil sie an einem Ort leben, wo die Quelle für diese Opferwilligkeit vorhanden ist. Man braucht die Verdienste der Berliner nicht zu unterschätzen, aber es darf nicht der Grundsatz einreißen, daß wer das meiste Geld giebt, auch am Meisten zu sagen hat. (Sehr gut.) Wo bliebe da das demokratische Gefühl,

wo die Gleichberechtigung? Im Gegenteil, die großen Drie müssen es sich zur Ehre machen, finanziell an der Spitze zu marschieren, aber materiell nicht ein Atom mehr zu sagen zu haben als die anderen. Aber auch sachlich sind die Berliner nicht im Recht, wenn sie sagen, sie müssen bei der Befetzung der Stelle des Leiters der Buchhandlung respektiert werden. Gewiß, der Wille der Berliner muß respektiert werden, insoweit er als Ausdruck der Meinungen der Parteigenossen hier auf dem Parteitag in Erscheinung tritt. Wir können aber innerhalb unserer jetzigen Organisation den Berlinern unter keinen Umständen ein größeres Recht an den der Gesamtheit gebührenden Parteigeschäften einräumen als Andern. (Sehr richtig!) Die Berliner hatten das Recht, an die Kontrolleure zu gehen, sie konnten an den Parteitag gehen, sie werden sich der Entscheidung des Parteitags fügen, aber sie haben kein Recht, zu verlangen, daß die Buchhandlung Vorwärts, so lange die jetzige Organisation besteht, ihrer Kontrolle unterstellt wird. Daß sie das als richtig anerkennen, geht ja aus den Anträgen hervor, die darauf hinielen, die Leitung der Buchhandlung auch der Kontrolle der Berliner zu unterstellen. Geht dieser Antrag durch, dann gut, aber so lange das nicht der Fall ist, ist die Buchhandlung der Jurisdiktion der Berliner entzogen und unterliegt der Kontrolle der Organe der Partei, also des Vorstandes, der Kontrolleure und des Parteitages. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Berliner sich mißbilligend über einen Beschluß äußern. Das ist ihr gutes Recht und der Parteitag wird darüber entscheiden. Daß der Vorstand so gehandelt hat, war nicht falsch. Wir wissen Alle, welchen Werth die Buchhandlung Vorwärts für die Gesamtpartei hat. Nachdem nun der bewährte Leiter der Buchhandlung von Nürnberg aus in eine Situation gebracht, in der — nehmt es mir nicht übel — Jeder von Euch ebenso gehandelt hätte, wenn ihm für seine Thätigkeit innerhalb der Partei bessere wirtschaftliche Existenzbedingungen geboten werden, nachdem wir, sage ich, in die Zwangslage versetzt waren, entweder den Mann zu verlieren, dem wir mit vollem Vertrauen die Leitung der Buchhandlung anvertrauen können, oder den im Verhältnis zur Sache geringen Betrag von 1000 Mk. zugulegen, da waren wir einstimmig der Meinung, daß wir den Interessen der Partei besser dienen, wenn wir den Leiter der Buchhandlung auf seiner Stelle hielten, als wenn wir entsprechend dem Grundsatz, daß Niemand unersetzlich ist, die Stelle anderweitig vergeben hätten. Gewiß, kein Mensch ist unersetzlich, aber darf man daraus den Grundsatz folgern, daß man Leute, die man brauchen kann, wegen einer Kleinigkeit entläßt? Das ist doch keine Logik. Der Parteivorstand und die Kontrolleure haben nach meiner Meinung pflichtgemäß die Interessen der Partei gewahrt, an Ihnen liegt es, unser Verhalten zu billigen oder zu mißbilligen. Nur wünsche ich, daß aus diesem Anlaß keine Gegensätze zwischen den Berlinern und den übrigen Genossen konstruiert werden. (Beifall.)

**Rosa Luxemburg:** Wenn ich mit wenigen Worten auf die Weltpolitik eingehe, so geschieht es nicht, um der Diskussion zu Punkt 7 vorzugreifen; ich will nur die praktische Frage streifen, ob die von unserer Partei in Bezug auf den Chinakrieg entfaltete Agitation zu der Tragweite des Ereignisses in richtigem Verhältnis stand. Es ist unmöglich, darauf nicht mit Nein zu antworten. Freilich hat unsere Presse und voran der „Vorwärts“ sehr viel gethan, um die Abenteuerpolitik der Regierung zu brandmarken. Aber das genügt nicht. Der Schwerpunkt der Agitation dürfte in diesem Falle nicht in der Presse liegen, die nur auf eine kleine Minderheit der Bevölkerung wirkt, sondern in der mündlichen Agitation, die in weite, unserer Bewegung noch fernstehende Kreise dringt; in dieser Beziehung ist aber sehr wenig geschehen. Bis jetzt haben wir es immer verstanden, auf reaktionäre Anschläge mit einer imposanten Volksbewegung zu antworten. Jetzt aber, wo Ereignisse eintreten, die an Tragweite Alles von uns

in den letzten 10 Jahren Erlebte übertreffen, Ereignisse, die einen Wendepunkt in der Geschichte des ganzen kapitalistischen Europa bilden, da ist keine planmäßige Agitation durch Protestversammlungen eingeleitet worden. Freilich forderte unsere Presse die Einberufung des Reichstags, eine Forderung, die für uns ganz selbstverständlich ist. Sollte aber diese Forderung unsere einzige Lösung sein, so könnte man wirklich sagen, daß bei der Sozialdemokratie der große Berg der Weltpolitik ein lächerliches Mäuschen geboren hat. Denn vor diesem Reichstag, der die Stottenvorlage bewilligt hat, konnte man doch voraussehen, daß er die treueste Stütze der jetzigen Weltpolitik sein wird. Wir können deshalb die Einberufung des Reichstags nur von dem Standpunkt aus betrachten, daß er die Tribüne unseres Protestes bildet. Nur fragt es sich aber, war es nicht tausend Mal wichtiger, den Protest in Volksversammlungen zu tragen und sich direkt an die Massen zu wenden? Ich will dem Partei-Vorstand durchaus keinen Vorwurf machen, er hat triftige Gründe für Alles, was er thut; ich bringe die Frage nur deshalb zur Sprache, weil sonst leicht Mißverständnisse über die Gründe entstehen könnten. So könnten z. B. Fernstehende den falschen Eindruck gewinnen, als ob wir eine vorwiegend parlamentarische Partei wären, die die größten weltgeschichtlichen Vorgänge nicht anders als durch ein paar Reden im Reichstag zu pariren weiß, oder es könnten schlecht Informirte zu der falschen Ansicht kommen, als ob unsere Partei, die doch in allen anderen Fällen so interessante Protestbewegungen entfaltet hat, hier, wo es sich um einen blutigen Krieg des vereinigten kapitalistischen Europa gegen Asien handelt, sich so ruhig verhält, weil sie auf den offiziellen und nichtoffiziellen Chauvinismus zu viel Rücksicht nimmt. Das wäre für uns natürlich fatal. Gerade weil ich weiß, daß unserm Vorstand nichts ferner liegt als eine Ueberschätzung der parlamentarischen Aktion oder Rücksicht auf den Chauvinismus. Deshalb möchte ich, daß in Zukunft zu derartigen unbegründeten Vermuthungen kein Anlaß gegeben wird. (Beifall.)

**Subenreich:** Ogererhöhung: Die Gehaltserhöhung für Fischer hat mich zuerst auch frappirt, sie erschien mir zu sprunghaft. Ich dachte, vielleicht hätte auch eine kleinere Zulage genügt, Fischer in Berlin zu fesseln. Das Gutachten unseres Sachverständigen, des Genossen Diez, hat mich zu einer anderen Auffassung geführt. Ich füge mich seinem Urtheil und sehe, daß der Vorstand kein Vorwurf trifft. Eine tüchtige Kraft muß festgehalten werden und die Parteiorganisation giebt dem Vorstand Vollmacht zur selbständigen Geschäftsführung in dieser Richtung. Ein Ausweg wäre etwa nur, festzusetzen, daß der Parteitag gefragt werden muß, wenn die Gehaltserhöhung einen bestimmten Prozentsatz übersteigt; ob aber dann nicht manch tüchtige Kraft verloren geht, bleibt abzuwarten. Ich hoffe, daß die Berliner Genossen nach dieser Aussprache ihren Antrag zurückziehen werden. Redner tadelt im Weiteren, daß die Vorwärts-Buchhandlung Karten mit der Ansicht des Liebknecht'schen Leichenzuges vertreibt. Ein so trauriges Ereigniß dürfe nicht geschäftlich ausgenutzt werden. Das sei unpassend und unschicklich und gleichzeitig widerlicher Personenkultus.

**Hoffmann:** Berlin IV: Manasse hat den Berliner Antrag so ruhig und sachlich begründet, daß ich es nicht begreifen kann, mit welchem Recht und Laftgefühl Ulrich hier abermals über die Berliner hergefallen ist. Der Ton, den er angeschlagen hat und zu dem nicht die geringste Veranlassung vorlag, wird wirklich nicht dazu beitragen, die Opferwilligkeit der großen Masse in Berlin anzuspornen. Allerdings hoffe ich auch, daß die Berliner auf Ulrich's Ausführungen nicht so viel Gewicht legen, daß sie deshalb in ihrer Opferwilligkeit erlahmen werden. Die Berliner haben gezeigt, was sie an Thaten leisten können, wir können deshalb über Ulrich's große Worte ruhig zur Tagesordnung übergehen. (Zustimmung.) Ich hätte das Wort nicht ergriffen, wenn nicht Singer gelagt hätte, bei uns herrsche die Meinung, als ob Derjenige, der das meiste Geld liefert, auch am Weisesten zu sagen hätte. Es ist den Berlinern nicht eingefallen, solche Theorie

anzustellen, sie haben derartige Anschauungen vielmehr stets bekämpft; aber sie stehen auf dem Standpunkt, daß man nicht Demjenigen, der das meiste Geld einbringt, verbieten darf, mitzureden (sehr richtig!), darauf laufen doch schließlich Ulrich's Worte hinaus. (Sehr wahr!) Wir haben, als wir gegen die Form der Gehaltserhöhung, nicht gegen die Gehaltserhöhung als solche, protestirten, ein Recht dazu gehabt, wir haben das Recht, uns an die Kontrollleure und an den Parteitag zu wenden. Dieß sagt, die bürgerlichen Buchhandlungen zahlen auch höhere Gehälter. Ich will darauf nicht eingehen, denn für uns handelt es sich einfach um die Frage, welche Stellung unsere Buchhandlung im Gegenjatz zu anderen bürgerlichen einnimmt. In den bürgerlichen Buchhandlungen macht der Leiter das ganze Geschäft, er muß die Wege zum Absatz suchen. Bei uns aber ist es leicht, einen großen Absatz zu erzielen, weil da die Genossen das Geschäft machen. (Sehr richtig!) Die Genossen selbst sind es, die mitthätig sind, unentgeltlich mitthätig sind und ihre Arbeitskraft in den Dienst der Partei stellen. Deshalb haben wir die Pflicht, gegen eine so sprunghafte Gehaltserhöhung Stellung zu nehmen. Es wird gesagt, die Berliner haben kein Recht, da mitzureden. Was nun, wenn die Berliner sich selbst eine Buchhandlung gründen? Glauben Sie, daß damit dem Partei-Interesse gedient wäre? Die Kontrollleure mögen einmal aus den Büchern feststellen, welchen Anteil Berlin an dem Umsatz der Buchhandlung Vorwärts hat. Wir haben sehr wohl ein Recht mitzureden. Der Parteitag bewilligt doch sämtliche Gehälter. Warum soll nicht in Zukunft auch das Gehalt des Leiters der Buchhandlung vom Parteitag festgesetzt werden? Wenn das geschieht, dann werden solche Vorkommnisse wie das, gegen das wir hier protestiren, unmöglich werden. Würden wir auch nur 48 Mark an die Parteikasse abführen wie die Nürnberger, dann könnten wir natürlich ganz andere Gehälter zahlen, aber wir haben ein Interesse daran, Gelder an die Partei abzuführen. Um in Zukunft ähnliche Fälle auszuschließen, sollte der Parteitag wenigstens dem Antrage zustimmen, der ja noch später zur Verhandlung kommt, wonach auch das Gehalt des Leiters der Buchhandlung hier auf dem Parteitag festgesetzt wird. Singer sprach von Kleinigkeiten, nun 1000 Mk. sind doch keine Kleinigkeit. Fragen Sie mal unsere Genossen, die Bons verkaufen, ob der Verkauf von 10 000 Bons eine Kleinigkeit ist. (Beifall.)

**Storch-Stettin** verzichtet nach den Ausführungen des Vorredners aufs Wort.

**Ulrich-Offenbach:** Ich hätte mich nicht nochmals zum Wort gemeldet, wenn nicht die Berliner so empfindlich wären und sich über meinen Ton beklagt hätten. Wäre ich ähnlich empfindlich, so könnte auch ich mich über den Ton von Zubeil und Hoffmann beschweren. Aber es ist das gute Recht der Berliner, einen Ton anzuschlagen, den sie wollen, nur haben wir dasselbe Recht. Die Berliner haben verlangt eine Mißbilligung dessen, was Vorstand und Kontrollleure gethan haben. Gegen diesen Antrag habe ich gesprochen. Ob das Gehalt des Leiters der Buchhandlung hier festgestellt und er eventuell hier gewählt wird, das hat damit gar nichts zu thun. Wir müssen ein für allemal feststellen, daß nach der dermaligen Organisation die Vorwärts-Buchhandlung ein Institut ist, das von der Gesamtpartei und für die Gesamtpartei gegründet worden ist, daß es total falsch ist von den Berlinern, wenn sie die Höhe der Beiträge mit der Buchhandlung in Verbindung bringen wollen. Wir würden es den Berlinern sehr gern nachmachen, wenn wir in eben solchen Massen auf einem so kleinen Komplex zusammensitzen würden. Für mich hat das, was Dieß als Sachmann gesagt hat, doch mehr Wert als die Ansichten der Berliner. Ich habe absolut kein Gift gegen die Berliner angesammelt, im Gegenteil, sie sind mir ganz angenehm, nur bitte ich zu gestalten, daß ich auch meine Meinung sage. Eine deutliche Aussprache ist doch immer besser, als wenn man die Faust in die Sack macht. Die Berliner haben keinen Beweisgrund für ihre Resolution erbracht, daher lehne ich sie ab. (Beifall.)

**Scherr-Nürnberg:** Ich werde auf den Fall Fischer nicht eingehen, er ist für uns Nürnberger erledigt. Nur die Neuberger Hoffmann's und Anderer, als ob die Nürnberger Parteigenossen es an Opferfreudigkeit für die Partei fehlen ließen, veranlaßt mich zu einer Bemerkung. Vergessen Sie doch nicht, daß wir Nürnberger in den letzten zwei Jahren u. A. die Agitation für zwei außerordentliche und eine ordentliche Reichstagswahl und eine außerordentliche und eine ordentliche Landtagswahl zu besorgen hatten. Wenn wir dafür nicht hätten 15 000, bez. 20 000 Mark ausgeben müssen, hätten wir ein hübsches Pöstchen nach Berlin schicken können. Im Uebrigen haben wir schon längst in Aussicht genommen, auf dem nächsten bayerischen Parteitag eine Bestimmung zu schaffen, daß von unseren Beiträgen vielleicht ein gewisser Prozentsatz an die Berliner Parteikasse abgeführt wird. Damit will ich schließen. (Geiterkeit und Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

**Hoffmann-Berlin IV:** Namens der Antragsteller habe ich zu erklären, daß, nachdem der Zweck des Antrages erreicht, und die Sache in der Form zur Sprache gekommen ist wie wir es für nützlich gehalten haben, und in der Hoffnung, daß der Parteitag unseren Ausführungen Rechnung tragen wird (Geiterkeit), wir den Antrag zurückziehen.

**Pfannkuch** geht in seinem Schlußwort auf die in der Diskussion gemachten Aufstellungen ein. Der Fall Bueß ist abgethan. Es ist nicht mehr nöthig, sich mit seiner Person zu befassen. Zu dem Wunsche von Müller-Flensburg ist zu bemerken, daß das parlamentarische Handbuch im Manuscript fertig vorliegt und zwar in einer Form, daß es ein in jeder Weise geeignetes Instrument für die Agitation sein wird. Es ist so eingerichtet, daß es von Jahr zu Jahr erweitert werden kann. Die Genossin Luxemburg ist die Einzige, die die Thätigkeit der Parteileitung in der Agitation kritisiert hat. Sie hat in verbindlichem Ton zugegeben, daß die Parteileitung wohl wissen werde, weshalb sie etwas thue und nicht thue, aber sie hätte auch die Konsequenzen davon ziehen müssen. Wir mußten mit den Verhältnissen bei der möglichen Agitation rechnen. Wir haben auch im verfloffenen Jahre größere Agitationstouren zur Ausführung gebracht und dabei die Wünsche der Genossen bezüglich der Redner nach Möglichkeit berücksichtigt. Allen Wünschen konnte nicht Rechnung getragen werden. Dabei mußten wir die bedauerliche Erfahrung machen, daß, wenn wir einzelnen Orten Redner präsentirten, die nicht den Titel eines Reichstags- oder Landtags-Abgeordneten tragen, uns die Genossen erklärten: dann verzichten wir auf die Ausführung der Agitation, solche Redner haben wir ein halbes Duzend am Orte selbst; dies zur Exemplifikation auf den Vorwurf, den uns die Genossin Luxemburg gemacht hat. Die mündliche Agitation den Wünschen der Genossen gemäß betreiben, ist dem Partei-Vorstand nur dann möglich, wenn die vorhandenen vielbesährten Genossen in bester Anzahl vermehrt werden könnten. Ich meine, wir haben keine Unterlassungssünde begangen, die eine Gefahr für die Partei bedeutete. (Sehr wahr!) Die Genossin Luxemburg hat ja sonst weiter nichts an dem Partei-Vorstand auszusetzen gehabt. Bemerken will ich noch, daß auch auf anderen Gebieten der Partei-Vorstand der Agitation sein Augenmerk zugewandt hat, so z. B. Erwegungen angestellt hat, eine Agitation gegen den Ausbeutegug, ja ich möchte sagen, gegen den Raubzug des Kohlen-Syndikats aufzunehmen. (Beifall.) Sie ersehen daraus, daß die Parteileitung in dem verfloffenen Berichtsjahr nicht auf dem Ohr gelegen und geschlafen hat, sondern sich mit den Dingen, die unser wirtschaftliches und politisches Leben bewegen, in ernster Weise beschäftigt. Die Berliner haben ja ihren Antrag zurückgezogen, es erübrigt aber deshalb nicht, noch darauf zurückzukommen. Vorstand und Kontrollleure haben vollkommen korrekt gehandelt. Die Berliner haben sich nicht über die Gehaltserhöhung an sich aufgehalten, als darüber, daß sie nicht gefragt worden

sind. Wenn die Berliner sich immer so korrekt verhalten hätten, so wären Mißverständnisse nicht vorgekommen. Nach dem Organisationsstatut haben sie nicht das Recht, über Entschlüsse gefragt zu werden, die der Parteivorstand im Interesse der Partei zu fassen hat. Die Kontrolleure sind unserm Beschluß beigetreten. Zubeil sprach mit Emphase davon, die Berliner Pressekommision habe ihre Rechte erst erkämpfen müssen; das ist nicht der Fall. Sie wissen, daß der Ausgestaltung des „Vorwärts“ sofort entgegengekommen ist, nur dagegen sind wir pflichtgemäß aufgetreten, daß die Parteitagbeschlüsse korrekt sind. Die einleitenden Schritte zur Verwirklichung der Berliner Forderungen sind mit Zustimmung und unter Mitwirkung der Parteileitung erfolgt. So liegen die Dinge in Wirklichkeit und daher muß ich den Vorwurf Zubeil's, der Vorstand habe willkürlich gehandelt, entschieden zurückweisen. Die Frage der Gehaltserhöhung ist erledigt. Ein Recht, sich über die Erhöhung des Gehalts Fischer's um 1000 Mk. zu beschweren, haben die Berliner nicht, denn in der Redaktion haben sie ein Gehalt von 5000 Mk. für nicht zu hoch gehalten. Was der Redaktion recht ist, muß für die Buchhandlung billig sein, oder die Berliner Genossen müßten erklären, daß Fischer nicht die entsprechenden Fähigkeiten und Intelligenz besitze. Ich will darauf hinweisen, daß schon der Vorgänger Fischer's eine Gehaltserhöhung verlangte, die über die an Fischer gezahlte hinausgeht, und daß Fischer doch eine ganz andere Auffassung, einen ganz anderen Geist in die Buchhandlung hineinbrachte, so daß sie heute doch etwas ganz anderes ist als wie er sie übernahm. Aus allen diesen Gründen sind die Angriffe der Berliner auf die Parteileitung nicht gerechtfertigt und sie haben sich ja auch der besseren Einsicht nicht verschlossen; mit der Zurückziehung des Antrags erklären auch sie sich bereit die Decharge zu erteilen.

Gerisch verzichtet auf das Schlusswort.

Reisler: Einer irrtümlichen Auffassung einer Bemerkung Pfannkuch's muß ich vorbeugen. Ich hielt es für notwendig, zu der Sitzung der Kontrolleure die Berliner Parteigenossen einzuladen, um ihren Protest zu begründen, und auch die Mitglieder des Vorstandes zur Information. Das ist der Sachverhalt. Die Berliner würden sofort dagegen protestiert haben, wenn Vorstandsmitglieder sich an der Abstimmung hätten beteiligen wollen.

Dem Vorstand wird hierauf Entlastung erteilt. Damit ist Punkt 2 und 3 der Tagesordnung erledigt.

Die Mandatsprüfungs-Kommission hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Ulrich, Schriftführer Leutert. Die Mandatsprüfungs-Kommission erhält den Auftrag, als sogenannte Reuenerkommission für Beschwerden zu fungieren. Doch liegt nur eine Beschwerde vor aus Bant in Oldenburg. Die dortigen der sozialdemokratischen Partei angehörigen Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker beschwerten sich über die dortigen Genossen.

Von der geschäftsführenden Kasse Leipzig des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich liegt eine Einladung zur Jahresversammlung am 23. und 24. September in Nürnberg vor. Die bayrischen Abgeordneten erhalten den Auftrag, eine Vertretung zu delegieren.

Die Mittagspause tritt ein.

### Nachmittags-Sitzung.

3 $\frac{1}{4}$  Uhr. Den Vorsitz führt Ulrich.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.

Von den hierzu vorliegenden Anträgen wird 55 nicht ausreichend unterstützt.

Die Anträge 52, 53, 54, 69 und 70 werden mit zur Diskussion gestellt.

Berichterstatter Singer: Ich hoffe in der Annahme nicht fehl zu gehen, wenn ich behaupte, daß jeder Delegierte den gedruckten Bericht der Fraktion gelesen hat. Ich kann mich also eines ausführlichen Eingehens darauf enthalten. Nur das eine stelle ich fest, daß der Forderung der Partei, daß die parlamentarische Thätigkeit sich in ihrem Inhalt und Formen genau an das sozialdemokratische Parteiprogramm anschließt, nachgekommen ist. Wie Sie aus dem Bericht ersehen, hat die Fraktion bei allen Abstimmungen, Anträgen, Beschlüssen sich einzig davon leiten lassen, daß auch im Parlament die bürgerliche Gesellschaft auf dem Boden des Klassenkampfes bekämpft wird und daß die parlamentarische Thätigkeit der Ausfluß der durch das Programm bekundeten Ueberzeugung der Partei sein muß.

Dies vorausgeschickt, kann ich mich auf die Besprechung der zum Fraktionsbericht gestellten Anträge beschränken.

Der Antrag 52 (Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen) ist kein neuer. Wir selbst haben ihn im Parlament gestellt. Ich kann seine Annahme nur befürworten, weil ich überzeugt bin, daß die Fraktion ihn von selbst wieder einbringen würde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit gegenüber der Persönlichkeit, um die es sich im Deutschen Reich handelt, die Einbringung eines solchen Antrags durchaus notwendig ist. Wir Sozialdemokraten sind gewis die Allerletzten, die irgend Jemand verwehren möchten, seine Meinung zu haben. Wir sehen auch nicht auf dem — sagen wir einmal liberalen — Standpunkte, auf der Fiktion des Konstitutionalismus, daß der Monarch unverantwortlich sei, daß Alles, was über Handlungen und Reden des Monarchen zu sagen wäre, nicht an seine Adresse, sondern an die der Minister zu gehen habe. Wie ich die Persönlichkeit des gegenwärtigen Kaisers von Deutschland beurtheile, wird er der Letzte sein, der sich mit dem Ministern decken will, sondern ich glaube, daß der Kaiser wohl die Verantwortung für das, was er öffentlich ausspricht, übernimmt. Wie dem aber auch sei, wir haben uns auf dem Parteitag nicht nach den Intentionen oder Wünschen irgend einer regierenden Persönlichkeit zu richten, sondern wir haben die Interessen zu vertreten, die uns zu unserer Partei zusammengeführt haben. Und nun muß ich sagen, daß wir gegenüber der Thatsache, daß in den letzten Jahren kaiserliche Reden immer häufiger sich mit den Parteien und nicht zum letzten mit der unseren beschäftigt haben, es als unser selbstverständliches Recht in Anspruch nehmen müssen, die Antwort nicht schuldig zu bleiben (Weisfall); und wenn die Zustände im Deutschen Reich derart sind, daß man die Antwort, die man zu geben hat, wegen der Schlingen der Gesetzesparagrafen nicht geben kann, so ist die natürliche Folge davon, daß man Alles daran setzen muß, diese Gesetzesparagrafen aus der Welt zu schaffen. Als das Bürgerthum die Fiktion von der Unverletzlichkeit des Monarchen aufstellte, hatte es die Voraussetzung, daß der Monarch sich der Einwirkung auf öffentliche Verhältnisse enthalte; unter dieser Voraussetzung konnte vielleicht das Bürgerthum der Meinung sein, daß gegenüber einer Persönlichkeit, die nicht in der Lage ist, ihre Ansichten öffentlich kundzugeben, auch die Kritik nicht am Platze sei, und daß für alle Aussprüche und Reden des Monarchen das Ministerium verantwortlich zu machen sei. Diese Situation hat sich ganz gründlich geändert. Man braucht ja nur daran zu denken, wie auch das offizielle Organ, der „Reichs-Anzeiger“, sehr häufig in der Lage ist, Verstimmungen kaiserlicher Reden zu bringen. Daraus geht doch hervor, daß jetzt keine Rede von Uebernahme der Verantwortung durch die Regierung ist. Wenn, wie wir es jetzt erlebt haben, der Monarch mit seiner Verurtheilung oder seinem Lob aller Parteien nicht zurückhält, wenn er die Gelegenheit benützt, öffentlich seine Meinung über gewisse Dinge zu sagen, eine Meinung, die in vielen Fällen, natürlich